

Gewerkschaftsführer weiter in Haft

Der Gewerkschaftsführer Sous Chantha sitzt in Kambodscha weiter in Untersuchungshaft. Der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaft bei United Apparel Garment in Phnom Penh war im November 2010 an einer Straßensperre in der kambodschanischen Hauptstadt wegen des Verdachts auf Drogenhandel verhaftet worden. Die Polizei hatte in seinem Motorrad mehrere Päckchen Amphetamine gefunden.

Zuvor war Chantha mit seiner rund 1.000 Mitglieder zählenden Betriebsgewerkschaft aus dem Gewerkschaftsverband IDUF ausgetreten, den die Beschäftigten als zunehmend unternehmensfreundlich ansehen. Kurz vor dem Austritt soll Sous Chantha vom Vorsitzenden der IDUF Geld angeboten worden sein, um ihn umzustimmen. Chantha verweigerte die Annahme des Geldes und trat mit seiner Gewerkschaft dem unabhängigen Verband CCADWU bei. Dieser Gewerkschaftsverband spielt eine zentrale Rolle bei den Arbeitskämpfen in der kambodschanischen Textilindustrie. Arbeiterorganisationen werfen den Behörden vor, Chantha zu kriminalisieren und ihn an seiner Gewerkschaftsarbeit hindern zu wollen. »Es liegt nahe, dass dies ein besonders infamer Versuch ist, einen »unbequem«, weil unbestechlichen Gewerkschaftsaktivisten kaltzustellen«, heißt es in einer Erklärung des Gewerkschafts-Projektes *exchains*, dass sich für die Rechte von Arbeitern in der Textilindustrie einsetzt. *exchains* fordert eine internationale Unterstützungskampagne für Chantha. »Sous Chantha ist nun auf Solidarität angewiesen«, heißt es in dem Aufruf.

vgl. www.tie-germany.org, 31.01.2011

Rattan-Möbel aus Kambodscha

Die *Rattan Association of Cambodia* stellte auf der internationalen Messe, *Ambiente 2011*, im Februar in Frankfurt ihre Möbel aus, die in Zusammenarbeit mit dem *World Wildlife Fund* (WWF) hergestellt wurden. Kambodschanische Hersteller erhoffen sich, neue Absatzmärkte erschließen zu können. »Mit der Unterstützung des WWF Rattan-Projekts haben wir viele kreative und attraktive Produkt-

Designs entworfen, welche die Aufmerksamkeit der internationalen Messebesucher auf sich ziehen werden«, erklärte der Vizepräsident der *Rattan Association of Cambodia* im Vorfeld der Messe. Dies stelle eine besondere Chance für kambodschanische Rattan-Hersteller dar, mehr über internationale Marktanforderungen, Trends und Marketing zu lernen.

vgl. <http://www.phnompenhpost.com>

Menschenrechte im freien Fall

Die kambodschanische Regierung hat im letzten Jahr grundlegende Freiheiten eingeschränkt und damit die freie Arbeit von Bürgerrechtlern, Kämpfern für Landbesitz und Gewerkschaftern im Land »zunehmend schwierig« gemacht. Zu dieser Feststellung kommt die Organisation *Human Rights Watch* (HRW) in ihrem neusten Bericht zur Lage der Menschenrechte weltweit.

Darin fordert die Menschenrechtsorganisation die Geber von Entwicklungshilfegeldern an Kambodscha auf, von der Regierung des Landes ein Ende der zunehmenden Einschränkungen zu verlangen. Besonders besorgniserregend findet HRW demnach die zunehmende Missachtung von Vertretern der Vereinten Nationen und Diplomaten anderer Staaten in Kambodscha.

»Die kambodschanische Regierung hat versucht mit Grobheit und Einschüchterungen die UNO und Geberländer zum Stillschweigen über Missbräuche zu drängen«, sagte der stellvertretende Asien-Direktor von HRW, Phil Robertson. »Die internationale Gemeinschaft muss robuster für die Menschenrechte der Kambodschaner eintreten.«

Im März 2010 hatte der kambodschanische Premierminister Hun Sen mit der Ausweisung des UNO-Koordinators in Kambod-

scha, Douglas Broderick, gedroht, nachdem dieser die schnelle Verabschiedung eines Anti-Korruptionsgesetzes durch die Regierung kritisiert hatte. Im Oktober hatte Hun Sen während eines Besuches von UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen in Phnom Penh schließen lassen. Zuvor hatte er dem Leiter des Büros, Christophe Peschoux, mit Ausweisung gedroht, weil dieser die Ausweisung von zwei thailändischen Aktivisten kritisiert hatte. HRW sieht auch die Einführung eines neuen Strafgesetzes und neue Regelungen für Gewerkschaften, sowie die Beschränkungen für die in Kambodscha tätigen Nicht-Regierungsorganisationen kritisch. Damit würde das Versammlungsrecht bedroht, heißt es in dem HRW-Bericht. »Die *Cambodian People's Party* von Premierminister Hun Sen will mit Hilfe von Gerichten, neuen Gesetzen und der Drohung mit Klagen oder Verhaftungen, die freie Meinungsäußerung im Land einschränken, Regierungskritiker ins Gefängnis bringen, die friedlichen Proteste von Arbeitern und Bauern verhindern und Mitglieder von Oppositionsparteien zum Schweigen bringen«, fasst der Bericht die Situation in Kambodscha zusammen.

vgl. www.phnompenhpost.com, 25. Januar 2011

Europa Hauptmarkt für Reisexporte

Kambodscha betrachtet 2011 Europa als den wichtigsten Markt für seinen Reisexport und will die Ausfuhren dorthin vervierfachen. Das sagte der Landwirtschaftsminister des Landes, Chan Sarun.

»Die Europäische Union wird in diesem Jahr der wichtigste Exportmarkt für kambodschanischen Reis sein, und wir hoffen, dass die EU weiter Steuervergünstigungen für Kambodscha gewährt«, erklärte er.

Die 27 EU-Staaten gewähren den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt (LDC) unter dem »Alles außer Waffen«-Abkommen steuerfreie Exporte ihrer Produkte in die EU. Nach Angaben des Landwirtschaftsministers hat Kambodscha 2010 rund 40.000 Tonnen Reis nach Europa exportiert.

Wie viel der für 2011 geplanten 200.000 Tonnen Reisernte nach Europa und wie viel in andere Länder exportiert werden soll, sagte der Minister nicht.

Der Leiter der EU-Delegation in Kambodscha, Rafael Dochao Moreno, hat unterdessen bekräftigt, es gäbe keine Pläne die Import-Regelungen für Kambodscha zu ändern. Das Programm garantiere, dass es bis 2015 keine Änderungen gebe, meinte er. Damit widersprach er den Befürchtungen des Leiters des Wirtschaftsinstitutes von Kambodscha, Sok Hach, der vor einem Ende der steuerfreien Exporte nach Europa zum Ende des Jahres 2011 gewarnt hatte.

vgl. www.phnompenhpost.com,

25.01.2011

Pläne für NGOs überdenken

Die kambodschanische Regierung will die im Land tätigen nationalen und internationalen Nicht-Regierungsorganisationen stärker kontrollieren. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde bereits im Dezember 2010 verabschiedet. Danach müssen NGOs sich registrieren lassen und jährliche Berichte über ihre Aktivitäten verfassen. Hinzu kommen verschiedene, nicht näher definierte »Anforderungen« die die Organisationen erfüllen müssen, um eine Lizenz zu erhalten und ihre Arbeit fortführen zu können.

Die neuen Regelungen seien notwendig, um die Transparenz unter den im Land tätigen NGOs zu erhöhen, teilte die kambodschanische Regierung mit. Nur so könne verhindert werden, dass Kriminelle und internationale Ter-

rorguppen NGOs in Kambodscha als Tarnorganisationen für ihre Tätigkeiten nutzen.

Vertreter der Zivilgesellschaft haben die Bestrebungen der Regierung scharf kritisiert. Mit dem Gesetz solle kontrolliert werden, wer in welchem Projekt, was für die Menschen in Kambodscha tue, fürchten Vertreter der in den Bereichen Gesundheit, Erziehung, Entwicklung und Zivilgesellschaft tätigen Gruppen. Kleinere kambodschanische NGOs hatten bereits angekündigt, ihnen sei es kaum möglich, die neuen Richtlinien zu erfüllen und viele müssten bei Inkrafttreten des Gesetzes ihre Arbeit einstellen.

NGO-Vertreter fordern, stärker in den Gesetzgebungsprozess eingebunden zu werden.

vgl. www.voanews.com, 21.01.2011

Kambodscha wird nicht Nordafrika

Der kambodschanische Premierminister hat scharfe Maßnahmen gegen mögliche Unruhen und Proteste angekündigt, wie sie sich in den letzten Wochen in Tunesien und Ägypten ereignet haben.

»Ich sende eine Botschaft an die Leute, die Unruhen wie in Tunesien befürworten«, sagte Hun Sen bei einer Rede in der Provinz Kampong Cham. »Ich werde die Türe zuschlagen und den Hund verprügeln!«

Damit nahm der Premierminister zu den aktuellen Unruhen in Nordafrika Stellung, die das Regime in Tunesien innerhalb weniger Tage zu Fall gebracht hatten.

»Ich warne Euch: Fangt nicht an zu spielen«, fügte Hun Sen hinzu. »Aber wenn ihr meint, ihr bekommt genug Leute zusammen, dann, bitte, probiert es.«

Hun Sen ist seit 1985 Premierminister in Kambodscha und weiterhin der einzige Kandidat für das Amt in seiner Partei. Seine Bemerkungen waren nicht an eine bestimmte Person oder Gruppe gerichtet. Beobachter glauben jedoch, er könnte sich auf einen Bericht des US-Senders *Radio Free Asia* bezogen haben. Darin wurde berichtet, auch in Kambodscha könnten Ereignisse wie in Nordafrika passieren.

Die Regierung müsse sich über eine Revolution wie in Tunesien keine Gedanken machen, sagte Chan Soveth von Menschenrechtsgruppe Adhoc in Kambodscha. »Ich glaube nicht, dass sich die Kambodschaner wie die Tunesier verhalten werden«, sagte er. Die Regierung müsse aber darauf achten, dass Wirtschaftswachstum und Menschenrechte in allen Teilen der Gesellschaft ankämen, um Ungleichgewichte zu verhindern.

vgl. www.voanews.com, 21.01.2011